

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Beschlüsse der Versammlung am 12.12.2017	2
1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017	2
Bekanntmachungsanordnung	3
Abwasserbeseitigungssatzung des Abwasserzweckverbandes Merseburg	3
Gebührensatzung des Abwasserzweckverbandes Merseburg	20

Der Abwasserzweckverband wünscht allen seinen Kunden und Geschäftspartnern ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2018



Die Geschäftsstelle ist vom 27.12.2017 bis 29.12.2017 geschlossen.

Der Bereitschaftsdienst ist **bei Störungen** der Abwasserbeseitigung rund um die Uhr unter **03461 210023** zu erreichen.

Beschluss-Nr.: 08/17

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Abwasserbeseitigungssatzung beschlossen.

Beschluss-Nr.: 09/17

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Gebührenkalkulation bestätigt und die Gebührensatzung beschlossen.

Beschluss-Nr.: 10/17

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat beschlossen der Bestätigungsverfügung der Kommunalaufsicht vom 01.12.2017 zum Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 beizutreten.

Beschluss-Nr.: 11/17

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat die Aufhebung des Beschlusses 06/17 vom 01.11.2017 beschlossen.

Beschluss-Nr.: 07/17

Die Verbandsversammlung des AZV Merseburg hat den Erlassantrag des Herrn Christopher B. abgelehnt.

Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017:

Auf der Grundlage des § 13 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit für das Land Sachsen-Anhalt in der Neufassung vom 26.2.1998 (GVBL. LSA S. 81) in der derzeit geltenden Neufassung vom 25.2.2004 sowie des § 6 der Verbandssatzung des AZV Merseburg vom 18.12.2014 in der derzeit geltenden Fassung, beschließt die Verbandsversammlung den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017:

1.

Im Nachtrag zum Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 werden im Erfolgsplan

Erträge in Höhe von	13.676.965 €	(+ 943.268 €)
Aufwendungen in Höhe von	13.336.947 €	(+ 351.619 €)

im Vermögensplan

und

Finanzierungsmittel in Höhe von	5.669.837 €	(- 348.839 €)
Finanzierungsbedarf in Höhe von	5.669.837 €	(- 348.839 €).

festgesetzt.

2.

Kreditaufnahme für Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen werden nicht festgesetzt.

3.

Verpflichtungsermächtigungen für das Wirtschaftsjahr 2017 liegen nicht vor.

4.

Der Höchstbetrag für den Kassenkredit wird im Geschäftsjahr auf 2.000.000 € festgesetzt.

5.

Der Umlagebedarf wurde mit 603.256 € ermittelt. Die Verbandsumlage wird in Höhe von 11,55 EUR/Einwohner festgesetzt.

Sie wird zur Finanzierung der Aufwendungen für die Niederschlagswasserbeseitigung von Straßen, Wegen und öffentlichen Plätzen eingesetzt.

Stichtag für die anzusetzenden Einwohner ist der 31.12.2015. Die Angaben beruhen auf den Angaben der Einwohnermeldeämter.

Gemeinde	Einwohner per 31.12.2015	Umlagesatz (EUR /Einwohner) bisher festgesetzt	Umlage 2017 (EUR) bisher festgesetzt	Umlagesatz (EUR) festzusetzen	Nacherhebung (EUR)
Braunsbedra	1.563	10,07	15.739	11,55	2.313
Goethestadt Bad Lauchstädt	8.050	10,07	81.064	11,55	11.914
Merseburg	35.038	10,07	352.833	11,55	51.856
Mücheln (Geiseltal)	2.446	10,07	24.631	11,55	3.620
Schkopau	5.133	10,07	51.689	11,55	7.597
Gesamt	52.230		525.956		77.300

Bekanntmachung:

Der Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 liegt einschließlich des Bescheides der Kommunalaufsicht des Landkreises Saalekreis, Az. I/151401-304 wi.

in der Zeit von 18.12.2017 bis 12.01.2018 jeweils zu den Dienstzeiten

Montags, mittwochs, donnerstags von 07.30 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr,

Dienstags von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 17.30 Uhr und

Freitags von 07.30 Uhr bis 12.00 Uhr

im Sekretariat am Dienstsitz des Abwasserzweckverbandes Merseburg, Bahnhofstraße 29a, 06258 Schkopau zur Einsichtnahme aus.

Schkopau, den 13.12.2017

Uta Sonnenkalb
Verbandsgeschäftsführerin

Abwasserbeseitigungssatzung des Abwasserzweckverbandes Merseburg

Aufgrund der §§ 8 und 45 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt vom 01.07.2014, in der jeweils geltenden Fassung, des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Sachsen-Anhalt vom 9.10.1992 in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 151 bis 157 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 31.08.1993 (GVBl. LSA S. 477), in der jeweils geltenden Fassung, sowie der Verbandssatzung des AZV Merseburg vom 18.12.2014 (Amtsblatt Nr. 16/2014) in der derzeit geltenden Fassung hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 12.12.2017 folgende Satzung über die Abwasserbeseitigung in ihrem Verbandsgebiet (Abwasserbeseitigungssatzung) beschlossen:

I. Allgemeine Bedingungen

§ 1 Allgemeines

1. Der Abwasserzweckverband (AZV) Merseburg betreibt zur Abwasserbeseitigung nach dieser Satzung eine jeweils rechtlich selbständige Abwasseranlage als öffentliche Einrichtung für das Gebiet des AZV Merseburg für:
 - die zentrale Schmutzwasserbeseitigung,
 - die zentrale Niederschlagswasserbeseitigung,
 - die dezentrale Entsorgung von Fäkalschlämmen aus mechanisch wirkenden Vorkläreinrichtungen und Grundstücks-/Kleinkläranlagen und Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben,
2. Die Abwasserbeseitigung erfolgt mittels o. g. zentraler öffentlicher Abwasseranlagen und mittels Einrichtungen und Vorkehrungen zur Abfuhr und Behandlung von Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben und Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen (dezentrale Abwasseranlagen).
3. Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Sanierung bestimmt der Verband im Rahmen der ihm obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht und im Rahmen der gesetzlichen Regelungen.
4. Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Ergänzung oder Betrieb öffentlicher Abwasseranlagen überhaupt oder in bestimmter Weise besteht nicht.
5. Der AZV Merseburg kann die Abwasserbeseitigung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

1. Die Abwasserbeseitigung im Sinne dieser Satzung umfasst das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser nebst der Entsorgung des Klärschlammes sowie die Beseitigung des in Grundstücks-/Kleinkläranlagen anfallenden Fäkalschlammes und des in abflusslosen Sammelgruben gesammelten Fäkalabwasser.
2. Zu den zentralen öffentlichen Abwasseranlagen gehören das gesamte Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen wie
 - das Leitungsnetz mit getrennten Leitungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Trennverfahren) oder/und gemeinsame Leitungen für beide Abwasserarten (Mischverfahren),
 - die Grundstücksanschlüsse, Reinigungs- und Revisionsschächte,
 - bei der Anwendung von Vakuumentwässerung die Hausanschlussleitung von der Hauptleitung bis einschließlich Vakuumübergabeschacht sowie die zur Überwachung und Steuerung erforderlichen Einrichtungen,
 - Vakuum- und Pumpstationen und Rückhaltebecken,
 - alle Einrichtungen zur Behandlung des Abwassers wie z.B. die Klärwerke und ähnliche Anlagen, die im Eigentum des Verbandes stehen, und ferner die von Dritten hergestellten und unterhaltenen Anlagen, deren sich der Verband bedient,
 - Offene und verrohrte Gräben und Wasserläufe, wenn ihnen wasserrechtlich die Gewässereigenschaft entzogen ist und sie zur Aufnahme der Abwässer dienen,
 - Betriebsgrundstücke, -gebäude und -einrichtungen.
3. Die zentralen öffentlichen Abwasseranlagen zur Schmutz- und zur Mischwasserbeseitigung enden mit dem Revisionsschacht bzw. Vakuumübergabeschacht, der vom AZV in der Regel auf dem zu entwässernden Grundstück errichtet wird. Ist die Errichtung dieser Schächte auf dem zu entwässernden Grundstück, aus welchem Grund auch immer, nicht möglich, enden auch die Schmutz- und Mischwasserbeseitigungsanlagen an der Grundstücksgrenze. Vakuumübergabeschächte und deren Einrichtungen werden ausschließlich auf dem zu entwässernden Grundstück errichtet, es sei denn, dass kein offener Zugang zu dem Grundstück besteht oder das Grundstück eine Grenzbebauung darstellt. Die zentrale Abwasseranlage zur Niederschlagswasserbeseitigung endet an der Grundstücksgrenze unter Gelände-Oberkante (GOK).
4. Zu den öffentlichen Einrichtungen des AZV im Sinne dieser Vorschrift gehören nicht die Grundstücksentwässerungsanlagen.

5. Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung auf dem Grundstück, soweit sie nicht Bestandteil einer öffentlichen Abwasseranlage sind.
6. Zu der dezentralen öffentlichen Abwasseranlage gehören alle Vorkehrungen und Einrichtungen für Abfuhr und Behandlung von Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben und Fäkalschlamm aus mechanisch wirkenden Vorkläreinrichtungen und Grundstücks-/Kleinkläranlagen außerhalb des zu entwässernden Grundstücks.
7. Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechtes. Mehrere solcher Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit bilden. Besteht bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für Teilflächen eines Grundstückes im Sinne des Grundbuchrechts eine selbständige Inanspruchnahme Möglichkeit, so ist jede solche Teilfläche als separates Grundstück im Sinne dieser Satzung anzusehen.
8. Soweit sich Vorschriften dieser Satzung auf den Grundstückseigentümer beziehen, gelten die Regelungen entsprechend auch für Erbbauberechtigte und solche Personen, die die tatsächliche Gewalt über eine bauliche Anlage oder ein Grundstück ausüben.

II. Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen

§ 3 Allgemeine Grundsätze

1. Die Entwässerung erfolgt in der Hauptsache nach dem Trennverfahren durch Gefälle-, Druck- oder Vakuumleitungen.
2. In Gebieten mit Trennverfahren erhalten die Grundstücke getrennte Anschlüsse an die Niederschlags- und Schmutzwasserkanalisation. Niederschlagswasser ist in den Niederschlagswasserkanal, Schmutzwasser in den Schmutzwasserkanal einzuleiten. Die Einleitung von sonstigem Wasser (z.B. Kühlwasser oder Grundwasser) ist gesondert zu beantragen. Die Einleitstelle wird vom AZV vorgegeben, die Messeinrichtung zur Feststellung der Einleitmenge hat der Grundstückseigentümer zu installieren.
3. Bei Errichtung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten sind grundsätzlich getrennte **Kanäle** für Schmutz- und Niederschlagswasser vorzusehen.
4. Wo ein natürliches Gefälle zu der öffentlichen Abwasseranlage nicht besteht, kann der AZV den Einbau und Betrieb von Hauspumpstationen oder anderen Hebeanlagen auf Kosten der Grundstückseigentümer verlangen.
5. Muss ein Grundstück zum Zweck der Abwasserbeseitigung anderer Grundstücke in Anspruch genommen werden, so hat der Grundstückseigentümer dieses zuzulassen. Diese Verpflichtung betrifft nur Grundstücke, die
 - an die Abwasseranlage angeschlossen sind oder
 - im Zuge der Erschließung an die Abwasseranlage angeschlossen werden sollen oder
 - vom Grundstückseigentümer im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung genutzt werden oder
 - für die die Möglichkeit der Abwasserbeseitigung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist.

Der Grundstückseigentümer wird dafür entschädigt.

Die Pflicht zur Inanspruchnahme des Grundstücks erlischt, wenn diese den Grundstückseigentümer in unzumutbarer Weise belasten würde.

§ 4 Technische Anschlussbedingungen

1. Der AZV legt auf der Grundlage einer Entwässerungsgenehmigung die Einleitstelle, die Trasse, die lichte Weite, das Gefälle sowie die Einbindeart und die Sohlhöhe des Grundstücksanschlusses an den öffentlichen Kanal fest. Begründete Wünsche des Grundstückseigentümers werden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt. Die Materialart wird von dem AZV in Abhängigkeit von der Beschaffenheit des Abwassers bestimmt.
2. Die Entwässerungsgenehmigungen für Schmutz- und Niederschlagswasser sowohl für private als auch gewerblich genutzte Grundstücke sind von dem Grundstückseigentümer bei dem AZV schriftlich zu beantragen. Für Grundstücke, die bereits an vorhandene zentrale Abwasseranlagen angeschlossen sind und bei denen der Eigentümer wechselt, ist bei Nichtvorliegen einer Entwässerungsgenehmigung der Entwässerungsantrag zeitnah nachzureichen. Für die Beantragung der

- Entwässerungsgenehmigung sind die Anforderungen entsprechend Anlage 1 zur Abwasserbeseitigungssatzung maßgebend.
3. Der AZV kann Untersuchungen der Abwasserbeschaffenheit sowie die Begutachtung der Grundstücksentwässerungsanlage durch Sachverständige verlangen, sofern dies zur Entscheidung über den Einleitungsantrag erforderlich erscheint. Die Kosten hat der Grundstückseigentümer zu tragen.
 4. Öffnungen von Grundstücksentwässerungsanlagen, wie Schächte, Ausgüsse, Bodenausläufe, WC-Anlagen und Ausläufe für Schmutz- und Niederschlagswasser, müssen gegen Rückstau aus den öffentlichen Abwasseranlagen durch einen nach den allgemeinen Regeln der Technik anerkannten Rückstauschutz gesichert werden. Der Rückstauschutz ist bis zur Rückstaebene zu sichern. Verantwortlich für den Rückstauschutz ist der Grundstückseigentümer. Die Rückstaebene ist die Geländeoberkante über dem öffentlichen Kanal.
 5. Der Revisionsschacht auf dem Grundstück wird durch den AZV entsprechend der Tiefenlage des vorhandenen Hauptsammlers bis zu einer Tiefe von ca. 1,50 m unter Oberkante der Straße, in der der Kanal verlegt wird, errichtet. Wird die Entwässerung tiefer gelegener Gebäudeteile gewünscht, besteht die Möglichkeit
 - durch den Grundstückseigentümer eine geeignete Hebeanlage einzusetzen, bzw.
 - das Setzen des Revisionsschachtes in größerer Tiefe, soweit es die technischen Voraussetzungen (Tiefenlage des Hauptsammlers) zulassen, wobei die dadurch entstehenden Mehrkosten durch den Grundstückseigentümer zu tragen sind. Auch sind die Folgekosten bei späteren Reparaturen, Auswechslungen oder Veränderungen des Grundstücksanschlusses hinsichtlich der Mehrtiefe ab 1,50 m durch den Grundstückseigentümer zu tragen.
 6. Der Revisions- oder Vakuumübergabeschacht auf dem zu entwässernden Grundstück wird bis max. 1,50 m hinter der Grundstücksgrenze errichtet.
 7. Weitere nachfolgende Grundstücke dürfen ohne schriftliche Genehmigung des AZV nicht über die Entwässerungsanlagen des Grundstückes angeschlossen werden.
 8. Der AZV kann den Anschluss mehrerer Grundstücke bei Eigentümeridentität an einen Grundstücksanschluss verlangen, wenn der direkte Zugang zu dem Hinterliegergrundstück nicht möglich ist.

§ 5 Anschluss- und Benutzungsrecht

1. Jeder Grundstückseigentümer ist berechtigt, dass sein Grundstück nach Maßgabe dieser Satzung an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen wird (Anschlussrecht unter Beachtung § 6 Abs. 2). Er ist berechtigt, nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen der §§ 13 und 14 und unter Einhaltung der Einleitbedingungen gemäß Anlage 2 dieser Satzung alles Abwasser in den öffentlichen Kanal einzuleiten (Benutzungsrecht).
2. Das Benutzungsrecht entfällt, wenn der Grundstückseigentümer seinen Zahlungsverpflichtungen aus der Benutzung der Abwasseranlagen des AZV Merseburg trotz Mahnung und Scheitern aller weiteren Vollstreckungsversuche nicht nachkommt. Mit der Mahnung ist der AZV berechtigt, die Einstellung der Abwasserbeseitigung anzudrohen (Widerruf des Benutzungsrechts).
3. Die Einstellung ist frühestens zwei Wochen nach der Bekanntgabe der Androhung zulässig.

Der AZV hat die Abwasserbeseitigung im Fall der Einstellung der Benutzung der zentralen Abwasseranlagen mittels Abfuhr (dezentrale Entsorgung) zu gewährleisten. Bei der Einstellung der zentralen Abwasserbeseitigung ist Sorge zu tragen, dass eine Gefährdung der Volksgesundheit ausgeschlossen ist. Es ist in eingeschränkter Weise für eine Entsorgungsmöglichkeit zu sorgen (z. B. über mobile Toiletten). Die Abwasserbeseitigung ist sofort wiederaufzunehmen, sobald die Gründe für die Einstellung entfallen sind und der Gebührenschuldner die Kosten der Einstellung, der Abfuhr und Wiederaufnahme der Abwasserbeseitigung ersetzt hat. Die Kosten werden nach dem Aufwand des AZV berechnet.
4. Die Einstellung der Abwasserbeseitigung ist immer das letzte Mittel und wird erst angewandt, wenn alle anderen Vollstreckungsmaßnahmen gescheitert sind. Die Einstellung ist dann unzulässig, wenn der Gebührenschuldner nachweist, dass er tatsächlich zahlungsunfähig ist.

§ 6 Beschränkung des Anschluss- und Benutzungsrechts, Ausnahmen

1. Die Grundstückseigentümer können die Herstellung eines neuen oder die Änderung eines bestehenden öffentlichen Kanals nicht verlangen.
2. Für die Grundstücke, die in der Satzung des Abwasserzweckverbandes Merseburg über den vollständigen oder teilweisen Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 78 Abs. 8 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt ((WG LSA (Ausschlusssatzung)) genannt sind, entfällt das Anschluss- und Benutzungsrecht.
Das Anschluss- und Benutzungsrecht kann erteilt werden, wenn der Grundstückseigentümer sich zuvor schriftlich verpflichtet, die für den Anschluss entstehenden Bau- und Folgekosten zu übernehmen und auf Verlangen des AZV bereit ist, für die von ihm übernommenen Verpflichtungen Sicherheiten zu leisten.
3. Der AZV ist berechtigt, an zusätzlich erstellten Anlagenteilen, insbesondere überlangen Grundstücksanschlüssen, auch den Anschluss weiterer Grundstücke zu genehmigen.
Die Eigentümer der übrigen Grundstücke, für die über die zusätzlichen Anlagenteile Abwasser eingeleitet werden soll, haben nur dann einen Anspruch auf Anschluss und die Abnahme von Abwasser, wenn sie zuvor dem nach Satz 2 in Vorlage getretenen Grundstückseigentümer einen verursachungsgerechten Anteil der Mehraufwendungen aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung ersetzen.

§ 7 Anschlusszwang

1. Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet sein Grundstück an eine öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald auf seinem Grundstück Abwasser dauerhaft anfällt (Anschlusszwang). Dauernder Anfall von Abwasser ist anzunehmen, sobald das Grundstück mit Gebäuden für den dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen oder für gewerbliche oder industrielle Zwecke bebaut worden ist, dass Niederschlagswasser als Abwasser anfällt. Ein Anschlusszwang besteht nicht, wenn ein Anschluss rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist.
2. Anschlusszwang besteht für bebaute Grundstücke.
Ein Grundstück gilt als bebaut, wenn auf ihm bauliche Anlagen, bei deren Benutzung Abwasser anfallen kann, dauernd oder vorübergehend vorhanden sind.
3. Anschlusszwang besteht für unbebaute Grundstücke, wenn Abwasser anfällt.
4. Die Verpflichtung nach § 7 Abs. 1 bis 3 richtet sich auf den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen des AZV, soweit der öffentliche Kanal vor dem Grundstück betriebsbereit vorhanden ist, sonst auf Anschluss des Grundstücks an eine dezentrale Abwasseranlage.
5. Ist die zentrale öffentliche Abwasseranlage für ein Grundstück, auf welchem Abwasser auf Dauer anfällt, außer bei den Grundstücken in einem Erschließungsgebiet, betriebsbereit hergestellt worden, so hat der Berechtigte nach § 5 dieser Satzung, entsprechend der Verfügung des Abwasserzweckverbandes Merseburg zum Anschluss seines Grundstücks, dieses innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe der Verfügung an diese Anlage anzuschließen. Dieses gilt auch für Grundstücke, die bis zur Herstellung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen an die dezentrale Abwasseranlage angeschlossen waren.
6. Bei baulichen Maßnahmen bzw. Neubauten, die eine Veränderung der Abwassereinleitung nach Menge oder Beschaffenheit zur Folge haben, muss der Anschluss vor dem Beginn der Benutzung des Um- bzw. Neubaus hergestellt sein. Dazu muss ein Entwässerungsantrag vorliegen. Für den Entwässerungsantrag sind die Anforderungen in der Anlage 1 zur Abwasserbeseitigungssatzung vorzubereiten.
7. Werden an Straßen und Wegen, in die später ein öffentlicher Kanal eingebaut werden soll, Neubauten errichtet, so sind auf Verlangen des AZV alle Einrichtungen für den künftigen Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vorzubereiten.
8. Grundstückskläranlagen, abflusslose Sammelgruben u. ä. sind entsprechend der Bestimmungen aus der Verfügung zum Anschluss an die zentralen öffentlichen Abwasseranlagen, außer Betrieb zu nehmen und zu leeren. Die Außerbetriebnahme (Unterbindung der Abwasserzufuhr zur dezentralen Abwasseranlage) ist zum Zeitpunkt der Abnahme der Anbindung der Grundstücksentwässerungsanlage an die zentrale öffentliche Abwasseranlage nachzuweisen. Die Entleerung ist binnen eines Monats nach Außerbetriebnahme über die vorgegebene Entsorgungsfirma zu veranlassen.

9. Für den Aufgabenbereich der Niederschlagswasserbeseitigung gilt, dass grundsätzlich der Grundstückseigentümer für das Verbringen des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers verpflichtet ist (§151 Abs. 3 Ziffer 1 WG LSA). Der AZV ist dann verpflichtet, soweit ein gesammeltes Fortleiten aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist. Die Gebiete, in denen ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um das Wohl der Allgemeinheit nicht zu beeinträchtigen und wasserwirtschaftliche Belange zu berücksichtigen, sind ortsweise durch Gutachten belegt. Diese Gutachten sind beim AZV archiviert.

§ 8 Benutzungszwang

1. Wenn oder soweit ein Grundstück an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, alles anfallende Abwasser - sofern nicht eine Benutzungsbeschränkung gilt - den öffentlichen Abwasseranlagen zuzuführen.
2. Die Gebühren für die Inanspruchnahme der zentralen Abwasseranlagen sind in der Abwasserbeseitigungsabgabensatzung (Gebührensatzung) geregelt.

§ 9 Ausnahme und Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

1. Der Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Abwasser kann auf schriftlichen Antrag entsprochen werden, wenn der Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Kanalisation für den Grundstückseigentümer unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls unzumutbar ist bzw. auf Dauer kein Abwasser anfällt. Wird die Befreiung ausgesprochen, besteht für das Grundstück hinsichtlich der Schmutzwasserbeseitigung die Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung der dezentralen Abwasseranlage.
2. Die Befreiung von Anschluss- und Benutzungszwang kann unter dem Vorbehalt des Widerrufs und auf bestimmte Zeit ausgesprochen werden.

III. Grundstücksanschlüsse und Grundstücksentwässerungsanlagen

§ 10 Grundstücksanschlüsse

1. Der Grundstücksanschluss ist die Verbindungsleitung vom öffentlichen Kanal einschließlich des Revisionsschachtes auf dem zu entwässernden Grundstück bzw. bis zur Grundstücksgrenze, wenn kein Revisionsschacht errichtet werden konnte.
2. Jedes Grundstück muss einen eigenen, unmittelbaren Anschluss an die jeweilige öffentliche Abwasseranlage haben. Die Lage des Grundstücksanschlusses und die Anordnung des Revisionsschachtes auf dem zu entwässernden Grundstück bestimmt der Verband nach Anhörung des Anschlussberechtigten. Wird im Rahmen der Anhörung keine Übereinkunft erzielt, legt der AZV den Standort auf dem Grundstück unter der Maßgabe von § 10 (4) fest.
Die lichte Weite des Grundstücksanschlusses legt der AZV fest. Die Nennweite des Grundstücksanschlusses muss mindestens DN 150 betragen.
3. Der Verband kann ausnahmsweise den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Grundstücksanschluss zulassen. Diese Ausnahme setzt voraus, dass die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück durch Eintragung ins Grundbuch dinglich sichern lassen. Der Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Grundstücksanschluss, der beim Inkrafttreten dieser Satzung vorhanden war, hat Bestandsschutz. Dieser entfällt, sobald sich die Bedingungen an einem Grundstück ändern oder der Grundstückseigentümer eine Veränderung wünscht. Die Veränderungen gehen zu Lasten des Grundstückseigentümers.
4. Der AZV bestimmt Zahl, Art, Nennweite und die Trassenführung der Grundstücksanschlüsse. Er bestimmt auch, wo und an welchem öffentlichen Kanal anzuschließen ist. Begründete Wünsche der Grundstückseigentümer werden dabei nach Möglichkeit berücksichtigt.
5. Die Grundstücksanschlüsse werden vom AZV bzw. einem von ihm Beauftragten erstellt, erneuert, geändert und unterhalten.
6. Der AZV hat den Grundstücksanschluss zu unterhalten und bei Verstopfung zu reinigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer, wenn die Reinigung und Unterhaltung durch sein Verschulden erforderlich geworden ist.
7. Jeder Grundstückseigentümer, dessen Grundstück an den öffentlichen Kanal

- angeschlossen oder anzuschließen ist, muss die Verlegung von Grundstücksanschlüssen, den Einbau von Schächten, Schiebern, Messeinrichtungen und dergleichen und von Sonderbauwerken zulassen, ferner das Anbringen von Hinweisschildern dulden, soweit diese Maßnahmen für die ordnungsgemäße Beseitigung des auf seinem Grundstück anfallenden Abwassers erforderlich sind.
8. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, den Teil des Grundstücksanschlusses, der auf seinem Grundstück liegt, vor Beschädigung, insbesondere vor Einwirkung Dritter, vor Baumwurzeln und Grundwasser zu schützen. Er hat dem AZV jeden Schaden am Grundstücksanschluss unverzüglich anzuzeigen.
 9. Bei Leerstand oder Abriss von Gebäuden ist der Grundstücksanschluss durch den Eigentümer zu kennzeichnen und vor Beschädigung zu sichern. Erfolgt beim Neubau eines Gebäudes auf einem erschlossenen Grundstück kein Nachweis über einen vorhandenen Grundstücksanschluss und wird ein neuer Anschluss benötigt, dann errichtet der AZV einen neuen Grundstücksanschluss zu Lasten des Grundstückseigentümers.
 10. Passt der vorhandene Grundstücksanschluss nicht in das neue Nutzungskonzept des Grundstückseigentümers, verlegt der AZV einen neuen oder zusätzlichen Anschluss zu Lasten des Grundstückseigentümers.
 11. Dem Grundstückseigentümer ist es untersagt, den Grundstücksanschluss ohne Zustimmung des AZV zu verändern oder verändern zu lassen.
 12. Die Herstellung eines einzelnen Grundstücksanschlusses einschließlich Revisionsschacht an die vorhandene öffentliche Abwasseranlage im Zusammenhang mit einer Lückenbebauung erfolgt zu Lasten des Grundstückseigentümers. Die Regelungen aus § 10 Absatz 1 gelten sinngemäß.

§ 11 Grundstücksentwässerungsanlage

1. Jedes Grundstück, das an einen öffentlichen Kanal angeschlossen wird, ist vorher vom Grundstückseigentümer mit einer Grundstücksentwässerungsanlage zu versehen, die nach den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere durch Einhaltung der Vorschriften aus der DIN 1986-100, DIN EN 752 und DIN EN 12056 herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten und zu ändern ist. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.
2. Die Herstellung und Verfüllung von Rohrgräben hat nach DIN EN 1610 zu erfolgen.
3. Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach protokollierter Abnahme durch den AZV in Betrieb genommen werden. Der Abnahmeschein befreit den Grundstückseigentümer nicht von seiner Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.
4. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so kann der AZV fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird. Wer eine Grundstücksentwässerungsanlage betreibt, die nicht vom AZV abgenommen und protokolliert wurde (Abnahmeprotokoll), ist verpflichtet, dies dem AZV unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Wer dieses unterlässt, handelt ordnungswidrig.
5. Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen einschließlich etwaiger Grundstückskläranlagen und/oder Vorbehandlungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat sie der Grundstückseigentümer auf Verlangen des Verbandes auf eigene Kosten entsprechend anzupassen. Für die Anpassung ist dem Grundstückseigentümer eine angemessene Frist einzuräumen. Der Grundstückseigentümer ist zur Anpassung auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderlich machen. Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch den Verband. Die §§ 6 und 7 sind entsprechend anzuwenden.
6. Am Ende des Grundstücksanschlusses kann der AZV in begründeten Fällen verlangen, dass zusätzlich zum Revisionsschacht des AZV ein Messschacht zu erstellen ist.
7. Besteht zum öffentlichen Kanal kein natürliches Gefälle, so kann der AZV vom Grundstückseigentümer den Einbau und Betrieb einer Hebeanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstücks verlangen (siehe auch § 4 Abs. 5 Ziffer 1).

8. Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück. Unter der Rückstauenebene liegende Räume, Schächte, Schmutz- und Regenwasserabläufe usw. müssen gemäß DIN 1986-100 gegen Rückstau abgesichert sein. Die Absperrvorrichtungen haben den einschlägigen technischen Regeln zu entsprechen. Für Schäden durch Rückstau haftet der AZV nicht (siehe auch § 4 Abs. 4).
9. Wo die Absperrvorrichtungen nicht dauernd geschlossen sein können oder die angrenzenden Räume unbedingt gegen Rückstau geschützt werden müssen, z.B. Wohnungen, gewerbliche Räume, Lagerräume für Lebensmittel oder andere wertvolle Güter, ist das Schmutzwasser mit einer automatisch arbeitenden Abwasserhebeanlage bis über die Rückstauenebene zu heben und dann in die öffentliche Abwasseranlage zu leiten oder der Einbau einer elektrischen Rückstausicherung gem. DIN 19578 vorzunehmen.
10. Für die Errichtung von Grundstücksentwässerungsanlagen in Trinkwasserschutzgebieten sind die besonderen Bedingungen zu beachten.
11. Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind mit einer Grundstückskläranlage (Vorbehandlungsanlage) zu versehen, wenn das Abwasser nicht der zentralen Kläranlage zugeführt wird. Die Grundstückskläranlage ist auf dem anzuschließenden Grundstück zu erstellen; sie ist Bestandteil der Grundstücksentwässerungsanlage und durch den Grundstückseigentümer zu betreiben und zu unterhalten.
Die Kosten zur Herstellung, Betreibung und Unterhaltung trägt der Grundstückseigentümer.

§ 12 Herstellung und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen

1. Der Grundstückseigentümer hat dem AZV den Beginn des Herstellens, des Änderns, des Ausführens größerer Unterhaltungsarbeiten oder des Beseitigens vorher schriftlich anzuzeigen und ggf. den Auftragnehmer zu benennen (siehe auch §3 17 und 18). Muss wegen Gefahr im Verzug mit den Arbeiten sofort begonnen werden, so ist der Beginn unverzüglich anzuzeigen.
2. Vor der Abnahme durch den AZV darf die Grundstücksentwässerungsanlage nicht in Betrieb genommen werden. Die Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage befreit den Bauherrn, den Planverfasser, den Bauleiter und den ausführenden Unternehmer nicht von ihrer Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige fehlerfreie Ausführung der Arbeiten.

§ 13 Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage

1. Der AZV ist berechtigt, die Grundstücksentwässerungsanlagen zu überprüfen.
2. Dem Verband oder seinen Beauftragten ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu dieser Anlage, zu den Abwasservorbehandlungsanlagen und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Sie sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
3. Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage, insbesondere Grundstücks-/Kleinkläranlagen und Vorbehandlungsanlagen, Revisionsschächte und Rückstauverschlüsse müssen zugänglich sein.
4. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage geforderten Auskünfte zu erteilen.
5. Die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen vom AZV ausgestellten Dienstausweis oder einer Vollmacht auszuweisen.
6. Die Grundstückseigentümer werden von der bevorstehenden Überprüfung verständigt, sofern nicht Gefahr im Verzug ist.
7. Der AZV kann jederzeit verlangen, dass die vom Grundstückseigentümer zu unterhaltenden Grundstücksentwässerungsanlagen sich stets in einem Zustand zu befinden haben, der Störungen anderer Einleiter und Beeinträchtigungen des öffentlichen Kanals ausschließt.

§ 14 Betrieb der Vorbehandlungs- und Grundstücksentwässerungsanlagen

1. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, die Vorbehandlungsanlagen so zu betreiben, zu überwachen und zu unterhalten, dass die Schädlichkeit des Abwassers

- unter Beachtung und Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik so gering wie möglich gehalten wird.
2. Die Einleitbedingungen gemäß Anlage 2 Abs.3 gelten für das behandelte Abwasser, wie es aus den Vorbehandlungsanlagen ohne nachträgliche Verdünnung abfließt (Anfallstelle). Soweit erforderlich, sind Probeentnahmemöglichkeiten einzubauen.
 3. Die in Vorbehandlungsanlagen anfallenden Leichtstoffe, Feststoffe oder Schlämme sind rechtzeitig und regelmäßig zu entnehmen und ordnungsgemäß zu beseitigen.
 4. Anlagen mit unzulänglicher Vorbehandlungsleistung sind unverzüglich zu ändern.
 5. Der AZV kann verlangen, dass eine Person bestimmt und dem AZV schriftlich benannt wird, die für die Bedienung der Vorbehandlungsanlagen verantwortlich ist.
 6. Der Betreiber solcher Anlagen hat durch Eigenkontrolle zu gewährleisten, dass die Einleitungsbedingungen gemäß Anlage 2 Abs. 3 für vorbehandeltes Abwasser eingehalten werden und die in dieser Satzung von der Einleitung ausgenommenen Stoffe nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangen. Über die Eigenkontrollen ist ein Betriebstagebuch zu führen, das dem AZV auf Verlangen vorzulegen ist.
 7. Werden bei der Überprüfung der Grundstücksentwässerungs- bzw. Vorbehandlungsanlagen Überschreitungen der vorgegebenen Einleitungsbedingungen festgestellt, werden dafür zusätzliche Gebühren erhoben. Zusätzlich erfolgen kostenpflichtige Kontrollen bis die Überschreitung weggefallen ist.
 8. Für Indirekteinleiter (Gewerbebetriebe) besteht die Meldepflicht vor der Inbetriebnahme der Vorbehandlungs- und Grundstücksentwässerungsanlagen. Diese Meldepflicht ist unabhängig vom Entwässerungsantrag. Einzelheiten regelt die Indirekteinleiterverordnung (IndEinVO) des Landes Sachsen-Anhalt vom 7. März 2007.

IV. Besondere Vorschriften für die dezentrale Abwasseranlage

§15 Benutzungszwang und Regelungen zu Größe und Anlage der Grundstücksentwässerungsanlage

1. Jeder Eigentümer eines im Verbandsgebiet des AZV liegenden Grundstücks ist verpflichtet, **den gesamten** auf seinem Grundstück anfallenden Fäkalschlamm aus Grundstücks- / Kleinkläranlagen und mechanisch wirkenden Vorkläreinrichtungen unter Einhaltung der Bestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde des Landkreises, und das gesamte anfallende Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben dem AZV zu übergeben (Benutzungszwang).
2. Für Klärschlamm, der gemäß wasserrechtlicher Erlaubnis in der Kleinkläranlage einer weiteren Behandlung unterzogen wird (Rotteverfahren, Kompostierung) ist dem AZV nur der Nachweis über den Verbleib des aufbereiteten Klärschlammes zu übergeben.
3. Die Grundstücksentwässerungsanlagen (abflusslose Sammelgruben, Kleinkläranlagen, Vorbehandlungsanlagen) sind vom Grundstückseigentümer gemäß DIN 1986, DIN 4261 und EN 12566 („Kleinkläranlagen, Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb“) zu errichten und zu betreiben.
4. Die Größe der abflusslosen Sammelgruben richtet sich nach der Anzahl der Einwohner auf dem Grundstück zum Zeitpunkt der Errichtung und dem Abfahrplan des AZV. Sie sind so zu errichten, dass sie dauerhaft dicht sind. Der AZV kann Dichtigkeitsprüfungen verlangen. Die Undichtigkeit wird unterstellt, wenn die Differenz zwischen entnommener Trinkwassermenge und abgefahrener Fäkalabwassermenge größer 30 v. H. ist. In diesem Fall wird die Abwasserabgabe für Kleineinleiter festgesetzt und erhoben.
5. Die Grundstücksentwässerungsanlagen sind so anzulegen, dass das Entsorgungsfahrzeug ganzjährig ungehindert an- und abfahren und die Grundstücksentwässerungsanlage ohne weiteres entleert werden kann. Die Entnahmeöffnung für den Fäkalschlamm bzw. das Fäkalabwasser muss frei zugänglich sein und eine Mindestgröße von 300 mm haben.
6. Für die Überwachung gilt § 13 sinngemäß.

§16 Regelungen zur Überwachung und Selbstüberwachung und Wartung von Kleinkläranlagen

1. Der AZV bzw. von ihm Beauftragte sind berechtigt, die Grundstücke zum Zweck der Durchführung von Sicht- und Funktionskontrollen der betroffenen dezentralen Abwasserbeseitigungsanlage zu betreten.
2. Jeder Grundstückseigentümer ist zur Vorlage der Genehmigungs-, Bau- und Betriebsunterlagen der betroffenen dezentralen Abwasserbeseitigungsanlage einschließlich der bauaufsichtlichen Zulassung und der wasserrechtlichen Gestattung binnen eines Monats nach Fertigstellung der dezentralen Anlage verpflichtet.
3. Jeder Grundstückseigentümer ist zur jährlichen Vorlage des Betriebstagebuches für die betroffene dezentrale Abwasserbeseitigungsanlage bis zum 31.1 des Folgejahres verpflichtet.
4. Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, dem AZV jährlich die Wartungsprotokolle der betroffenen dezentralen Abwasserbeseitigungsanlage innerhalb eines Monats nach erfolgter Wartung zu übergeben. Bei festgestellten Mängeln ist der Grundstückseigentümer verpflichtet dem AZV die Nachweise von Mängelbeseitigungen an den betroffenen dezentralen Abwasserbeseitigungsanlagen binnen eines Monats vorzulegen.
5. Jeder Grundstückseigentümer ist auf Anforderung zur Vorlage der Nachweise der ordnungsgemäßen Schlammensorgung aus der betroffenen dezentralen Abwasserbeseitigungsanlage verpflichtet.
6. Die Kosten für die Überwachung der Selbstüberwachung sind in der Satzung über die Erhebung von Kosten für Verwaltungs- und andere Tätigkeiten geregelt.

§17 Entleerung von abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Vorbehandlungsanlagen

1. Die Abfuhr des Fäkalschlammes aus Kleinkläranlagen und des Fäkalabwassers aus abflusslosen Sammelgruben erfolgt nach Bedarf. Fäkalschlamm wird in der Regel einmal pro Jahr abgefahren. Die Abfuhr richtet sich nach dem jeweils gültigen Abfuhrplan, der rechtzeitig vom AZV bekannt gegeben wird. Auf anderen rechtlichen Grundlagen beruhende weitergehende Verpflichtungen bleiben unberührt. Abweichungen von den vorgegebenen Regelungen sind in technisch begründeten Fällen in Abstimmung mit dem AZV möglich.
2. Der Grundstückseigentümer hat die Fäkalschlammensorgung einer Kleinkläranlage unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise rechtzeitig beim AZV oder bei den vom AZV beauftragten Unternehmen zu beantragen. Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.
3. Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Abfuhrplanes kann der AZV die Kleinkläranlagen oder abflusslose Sammelgruben entschlammen bzw. entleeren, wenn besondere Gründe des Gemeinwohls dieses erfordern und die Voraussetzungen für die Entschlammung bzw. Entleerung vorliegen und ein Antrag auf Entschlammung bzw. Entleerung unterbleibt.
4. Zum Abfuhrtermin hat der Grundstückseigentümer die Kleinkläranlage oder abflusslosen Sammelgrube freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten.
5. Die Kleinkläranlage oder abflusslose Sammelgrube ist nach der Entschlammung bzw. Entleerung unter Beachtung der Betriebsanleitung, der DIN-Vorschriften und der wasserrechtlichen Erlaubnis wieder in Betrieb zu nehmen, d. h., die Kleinkläranlagen sind von den Beauftragten des AZV nach der Entleerung wieder anfüllen zu lassen.
6. Der Fäkalschlamm oder das Fäkalabwasser ist dem AZV zu überlassen. Sie gehen mit der Übernahme in das Eigentum des AZV über. Der AZV ist nicht verpflichtet, darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsachen zu behandeln.
7. Die Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung sind in der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes Merseburg (Gebührensatzung) geregelt.

V. Verfahrensbestimmungen, Haftung

§ 18 Antrag auf Anschluss und Benutzung

1. Der Anschluss an die zentralen öffentlichen Abwasseranlagen oder wesentliche Veränderungen an den Grundstücksentwässerungsanlagen (außer bei Grundstücken nach § 17 Abs. 3) ohne genehmigten Entwässerungsantrag ist/sind verboten.

2. Dem Entwässerungsantrag sind aussagefähige Unterlagen beizufügen. Die erforderlichen Unterlagen ergeben sich aus Anlage 1, dabei gelten die Vorschriften des Baurechts sinngemäß. Der AZV gibt die zur Anfertigung der Pläne erforderlichen Angaben (Höhenlage des Straßenkanals, Lage der Anschlussstelle und Höhenfestpunkte) auf Anfrage bekannt.
3. Für Grundstücke an Straße und Wegen, in denen der AZV die zentrale öffentliche Abwasseranlage herstellt, erübrigt sich die Antragstellung.
4. Nach Begleichung der offenen Forderungen des AZV und auf schriftlichen Antrag des Grundstückseigentümers wird das Benutzungsrecht für die zentralen Abwasseranlagen wiederhergestellt.

§ 19 Genehmigung

1. Mit Arbeiten an neu herzustellenden Grundstücksentwässerungsanlagen darf erst begonnen werden, wenn diese schriftlich genehmigt sind (Entwässerungsgenehmigung). Müssen während der Bauausführung Änderungen vorgenommen werden, sind diese dem AZV unverzüglich schriftlich anzuzeigen und eine schriftliche Genehmigung dafür einzuholen. Die Genehmigung erlischt nach Ablauf von zwei Jahren seit Zustellung, wenn mit den Ausführungsarbeiten nicht begonnen oder begonnene Arbeiten länger als ein Jahr eingestellt worden sind. Bei vorübergehenden oder vorläufigen Anschlüssen wird die Genehmigung widerruflich oder befristet schriftlich erteilt.
2. Die Entwässerungsgenehmigung wirkt auch für und gegen den Rechtsnachfolger.
3. Die Entwässerungsgenehmigung gilt bei Neu- bzw. Umbau von genehmigungspflichtigen Vorhaben nur im Zusammenhang mit dem genehmigten Bauantrag.
4. Wird lediglich die Grundstücksentwässerungsanlage erneuert, so gilt § 18 Abs.3 nicht.

§ 20 Untersuchung des Abwassers

1. Der AZV ist berechtigt, auf den an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücken Abwasserproben zur Überprüfung zu nehmen und Abwasser zu untersuchen.
Werden verbotene Substanzen oder Überschreitungen der vereinbarten Einleitbedingungen festgestellt, trägt die Kosten der Untersuchung der Grundstückseigentümer.
2. Der Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen und –vorbehandlungsanlagen und die Einleitung von Abwasser unterliegen der Kontrolle und Überwachung des AZV. Zur Überwachung führt der AZV Abwasseruntersuchungen sowie Anlagen- und Betriebskontrollen durch.
Die Überwachung wird auf Kosten der Einleiter des Abwassers durchgeführt.
Der AZV bestimmt die Stellen für die Entnahme von Abwasserproben, die Anzahl der Proben, die Entnahmehäufigkeit und die zu messenden Parameter.
3. Wird gewerbliches und Industrieabwasser und Abwasser, das in seiner Beschaffenheit erheblich von häuslichem Abwasser abweicht, den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt, kann der AZV den Einbau und den Betrieb von Überwachungseinrichtungen verlangen.
4. Die in § 19 Abs. 3 genannten Einleiter haben auf eigene Kosten durch geeignete Selbstüberwachung die Einhaltung der Mindestanforderungen oder die in der Entwässerungsgenehmigung festgelegten Grenzwerte nachzuweisen.
5. Für Grundstücke mit Abwasserbehandlungsanlagen und für Grundstücke, auf denen nichthäusliches Abwasser anfällt, sind Verantwortliche zu benennen und dem AZV mitzuteilen.

VI. Schlussvorschriften

§ 21 Maßnahmen an öffentlichen Abwasseranlagen

1. In die Grundstücksentwässerungsanlage dürfen nur die in Anlage 2 Abs. 3 aufgeführten Stoffe eingeleitet werden.
2. Einrichtungen öffentlicher Abwasseranlagen dürfen nur von Beauftragten des AZV oder mit Zustimmung des AZV betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasseranlagen sind unzulässig.

§ 22 Anzeigepflichten

1. Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlusszwanges (§ 5 Abs.1), so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich dem AZV mitzuteilen.
2. Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage, so ist der AZV vom Verursacher oder der feststellenden Person unverzüglich zu unterrichten.
3. Der Grundstückseigentümer hat Betriebsstörungen oder Mängel am Grundstücksanschluss unverzüglich dem AZV mitzuteilen.
4. Wechselt das Eigentum an einem Grundstück, so hat der bisherige Eigentümer die Rechtsänderung unverzüglich dem AZV schriftlich mitzuteilen. In gleicher Weise ist auch der neue Eigentümer verpflichtet.
5. Wenn Art und Menge des Abwassers sich erheblich ändern (z.B. bei Produktionsumstellungen), so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich dem AZV mitzuteilen.
6. Der Grundstückseigentümer hat den Abbruch eines angeschlossenen Gebäudes oder eine Veränderung, die den Grundstücksanschluss betrifft, dem AZV einen Monat vorher schriftlich mitzuteilen. Sämtliche hiermit verbundenen Kosten trägt der Grundstückseigentümer.
7. Der Grundstückseigentümer hat die Herstellung, Veränderung und den Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage beim AZV anzuzeigen und die Abnahme protokollieren zu lassen.

§ 23 Altanlagen

1. Anlagen, die vor dem Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen und die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der Grundstückseigentümer innerhalb von drei Monaten auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung von Abwasser nicht mehr benutzt werden können oder zu beseitigen.
2. Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, hat der Grundstückseigentümer den Anschluss auf seine Kosten zu verschließen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, schließt der AZV den Anschluss auf Kosten des Grundstückseigentümers.
3. Wird ein Grundstück vom Anschluss- und Benutzungszwang für die Niederschlagswasserbeseitigung befreit, ist ein vorhandener Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage, auch der von vorhandenen Rückhalteanlagen, vom Grundstückseigentümer zu beseitigen. Abs. 2 Satz 2 gilt sinngemäß.

§ 24 Vorhaben des Bundes und des Landes

Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für Vorhaben des Bundes und des Landes, soweit gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.

§ 25 Befreiungen

1. Der Verband kann von den Bestimmungen in § 5 ff. – soweit sie keine Ausnahmen vorsehen- Befreiung erteilen, wenn die Durchführung dieser Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
2. Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 26 Haftung

1. Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der Verursacher bzw. der Grundstückseigentümer. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden.
2. Wer öffentliche Abwasseranlagen betritt oder Eingriffe an ihnen vornimmt, haftet für dabei entstehende Schäden.
3. Der Grundstückseigentümer haftet außerdem für alle Schäden und Nachteile, die dem AZV durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
4. Mehrere Störer haften als Gesamtschuldner.

5. Wer durch Nichtbeachtung der Einleitungsbedingungen dieser Satzung (Anlage 2) die Erhöhung der Abwasserabgabe verursacht, hat der Verursacher dem AZV die Mehrkosten der Abwasserabgabe zu erstatten.
6. Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
 - a) Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Hochwasser, Wolkenbrüchen, Frostschäden oder Schneeschmelze;
 - b) Betriebsstörungen, z.B. bei Ausfall eines Pumpwerkes;
 - c) Behinderungen des Abwasserabflusses, z.B. bei Kanalbruch oder Verstopfung;
 - d) zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlussarbeiten hat der Grundstückseigentümer einen Anspruch auf Schadenersatz nur, insoweit die eingetretenen Schäden vom AZV schuldhaft verursacht worden sind.
7. Wenn bei der dezentralen Abwasserbeseitigung trotz erfolgter Anmeldung zur Entleerung oder Fäkalschlammabfuhr infolge höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörungen oder betriebsnotwendiger anderer Arbeiten die Entleerung oder Fäkalschlammabfuhr erst verspätet durchgeführt werden kann oder eingeschränkt bzw. unterbrochen werden muss, hat der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz.

§ 27 Zwangsmittel

1. Für den Fall, dass die Vorschriften dieser Satzung nicht befolgt werden oder gegen sie verstoßen wird, kann nach dem § 56 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) in Verbindung mit § 71 Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwVG LSA) ein Zwangsgeld von mindestens 5,00 Euro und höchstens 500.000,00 Euro schriftlich festgesetzt werden. Dieses Zwangsmittel kann wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind.
2. Die zu erzwingende Haltung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen durchgesetzt werden.
3. Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 28 Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig im Sinne des § 8 Abs. 6 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - a) § 3 Abs. 2 die Einleitung von sonstigem Wasser nicht beantragt oder nicht die vorgegebene Einleitstelle benutzt,
 - b) § 3 Abs. 5 die Durchleitung nicht zulässt,
 - c) § 4 Abs. 2 den Entwässerungsantrag nicht rechtzeitig stellt,
 - d) § 4 Abs. 5 den Revisions- und Vakuumschacht auf seinem Grundstück nicht errichten lässt,
 - e) § 7 sein Grundstück nicht oder nicht rechtzeitig an die öffentlichen Abwasseranlagen anschließen lässt,
 - f) § 8 das auf dem Grundstück anfallende Abwasser nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen ableitet,
 - g) § 11 Abs. 1 bis 5 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht ordnungsgemäß herstellt und/oder betreibt
 - h) § 12 die Anlage anders als im genehmigten Entwässerungsantrag ausführt,
 - i) die Grundstücksentwässerungsanlage oder auch Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt,
 - j) § 13 den Beauftragten des AZV nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt,
 - k) § 14 die Grundstücksentwässerungsanlage seines Grundstücks nicht ordnungsgemäß betreibt,
 - l) §§ 15 und 17 die dezentrale Abwasserbeseitigungsanlage nicht benutzt,
 - m) § 18 den Anschluss seines Grundstücks an die öffentlichen Abwasseranlagen oder die Änderung der Entwässerungsgenehmigung nicht beantragt,
 - n) § 21 die öffentliche Abwasseranlage benutzt oder betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt,
 - o) § 22 seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt,
 - p) Anlage 2 die Einleitbedingungen nicht einhält.

2. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 8 Abs. 6 KVG LSA mit einer Geldbuße von 5,00 € bis zu 5.000,00 € geahndet werden.
3. Bei Abgabenhinterziehung, leichtfertiger Abgabenverkürzung und Abgabengefährdung gelten die §§ 15 und 16 des KAG LSA.

§ 29 Beiträge und Gebühren

1. Für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen werden Beiträge und für die Benutzung der zentralen und dezentralen öffentlichen Abwasseranlagen werden Benutzungsgebühren nach besonderen Rechtsvorschriften erhoben.
2. Für die Tieferlegung des Revisionsschachtes erhebt der AZV Kostenerstattungen vom Grundstückseigentümer (vgl. § 4 Abs. 5 dieser Satzung).
3. Kostenerstattungen werden ebenfalls bei der Inanspruchnahme der Regelungen aus § 4 Abs. 7, § 6 Abs. 2, § 10 Abs. 3, 9, 10 und 12, § 11 Abs. 4, § 14 Abs. 7 und § 22 Abs. 2 und 3 erhoben. Die Kosten richten sich nach den einschlägigen Satzungen des AZV.
4. Für die Genehmigung von Entwässerungsanträgen sowie die Wiederherstellung des Benutzungsrechts werden Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostensatzung im eigenen Wirkungskreis erhoben.

§ 30 Übergangsregelung

1. Die vor Inkrafttreten dieser Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
2. Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gemäß § 17 dieser Satzung spätestens 2 Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

§ 31 Hinweise

Die deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung i.d.F. der 26. Lieferung 1992 (Verlag: Chemie GmbH Weinheim) und die DIN EN- Normblätter (erschienen in der Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin und Köln), sowie das Gutachten zum Anschluss- und Benutzungszwang bei der Niederschlagswasserbeseitigung, auf die in dieser Satzung Bezug genommen wird, sind beim AZV archiviert.

§ 32 Inkrafttreten

Die Satzung wird im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes Merseburg bekannt gemacht und tritt am 01.01.2018 in Kraft.
Gleichzeitig treten die Abwasserbeseitigungssatzung vom 29.09.2011 und deren Änderungssatzungen außer Kraft.

Anlagen 1 und 2

Schkopau, den 13.12.2017

gez. Uta Sonnenkalb
Verbandsgeschäftsführerin

-Siegel-

Anlage 1

Entwässerungsantrag

Für den Entwässerungsantrag ist das vom AZV vorgegebene Formblatt vollständig auszufüllen und mit den geforderten Anlagen zu versehen.

Das Formblatt ist beim AZV abzufordern oder von der Internetseite des AZV www.azv-merseburg.de/Anträge herunter zu laden.

Anlage 2

Einleitbedingungen

- (1) Wenn eine Einleitung nach der Indirekteinleiterverordnung genehmigt wird, treten die in dieser Genehmigung bestimmten Werte an die Stelle der in den nachfolgenden Absätzen festgelegten Einleitungsbedingungen, sofern diese Werte nicht die

Obergrenzen der Einleitwerte dieser Satzung überschreiten. Eine auf Grund der Indirekteinleitverordnung erteilte Einleitungsgenehmigung ersetzt für ihren Geltungsumfang die Entwässerungsgenehmigung nach dieser Satzung nicht.

- (2) Alle Abwässer dürfen grundsätzlich nur über die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden.
 - (3) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf Schmutzwasser nur in den Schmutzwasserkanal und Niederschlagswasser nur in den Niederschlagswasserkanal eingeleitet werden. Für die Einleitung von Grund-, Drainage- oder unbelastetes Kühlwasser gelten die in der Genehmigung festgelegten Bedingungen.
 - (4) In die öffentlichen Abwasseranlagen dürfen solche Stoffe nicht eingeleitet werden, die
 1. die Kanalisation verstopfen oder zu Ablagerungen führen,
 2. giftige, übelriechende oder explosive Dämpfe oder Gase bilden,
 3. Bau- und Werkstoffe in stärkerem Maße angreifen,
 4. die Abwasserreinigung oder die Schlammabeseitigung erschweren,
 5. wegen der Besorgnis einer Giftigkeit, Langlebigkeit, Anreicherungsfähigkeit oder einer Krebserzeugenden Frucht schädigenden oder Erbgut verändernden Wirkung als gefährlich zu bewerten sind,
 6. durch die Abwasserbeseitigungsanlage nicht beseitigt werden können und pflanzen-, tier-, luft- oder gewässerschädigend sind,
 7. das in öffentlichen Abwasseranlagen tätige Personal gesundheitlich beeinträchtigen.
Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:
 - (a) Schutt, Asche, Glas, Sand, Müll, Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste;
 - (b) Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier, Kehricht, Kaffeesatz, Katzenstreu, Silagesickersaft, Latizes, Abfälle aus Tierkörperverwertung, Schlamm u.ä. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden);
 - (c) Kunstharz, Lacke, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen;
 - (d) Jauche, Gülle, Mist, Silagesickersaft, Blut, Futterreste aus der Tierhaltung;
 - (e) Kaltreiniger, die chlorierten Kohlenwasserstoffe enthalten oder die die Ölabscheidung verhindern;
 - (f) Benzin, Heizöl, Schmieröl, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschließlich des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers, soweit nicht in Leichtflüssigkeitsabscheidern vorbehandelt;
 - (g) Säuren und Laugen (zulässiger pH-Bereich 6,5-10), chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff; Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze; Carbide, die Acetylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe;
 - (h) fototechnische Abwässer wie Fixierbäder, ferritzyanhaltige Bleichbäder, Entwicklerbäder, Ammoniaklösungen, Pestizide, Arzneimittel, infektiöse Stoffe und gentechnisch verändertes Material;
 - (i) Kondensate aus Brennwertkesseln für Gasfeuerung mit einer Nennwärmebelastung größer \square 25 kW. Analog Ölfeuerungen und Dieselmotoren für Heizöl EL bei einer Nennwärmebelastung größer \square 25 kW;
 - (j) Schlämme aus Neutralisations-, Entgiftungs- und sonstigen Abwasserbehandlungsanlagen;
 - (k) Abwässer aus der Oberflächenbehandlung von Außenflächen baulicher Anlagen (Fassadenreinigung);
 - (l) Abwässer aus der Brandschadensanierung;
 - (m) Reinigungs- und Desinfektionsmittel sowie Spül- und Waschmittel, die zu unverhältnismäßig hoher Schaumbildung führen.
- Falls Stoffe dieser Art in stark verdünnter Form anfallen und dabei die in Abs. 7 genannten Einleitwerte nicht überschritten werden, gilt das Einleitverbot nicht; das Verdünnungs- und Vermischungsverbot nach Abs. 11 bleibt von dieser Regelung unberührt.
- (5) Abwasser mit radioaktiven Inhaltsstoffen darf nur eingeleitet werden, wenn es der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen

(Strahlenschutzverordnung-StrlSchV) vom 20.07.2001 (BGBl. I S. 1714 ff.), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2002 (BGBl. I S.1869), entspricht.

- (6) Gentechnisch neu kombinierte Nukleinsäuren sind vor der Einleitung in die zentrale Abwasseranlage vollständig zu inaktivieren. Für diese Vorbehandlung ist ein Gutachten nach § 6 Abs. 3 vorzulegen.
- (7) Ohne zusätzliche vertragliche Regelung mit dem AZV werden in Anlehnung bzw. Ergänzung an das Arbeitsblatt DWA A- 115 folgende Parameter festgelegt, die unbedingt einzuhalten bzw. nicht zu überschreiten sind:

1. Allgemeine Parameter

- | | |
|--|--------------------------------|
| a) CSB | < 1.200 mg/l |
| b) Stickstoff Summe (NH ₄ -N, NH ₃ -N, NO ₃ -N) | < 200 mg/l |
| c) Gesamt-P | < 25 mg/l |
| d) Temperatur: | < 35°C |
| e) pH-Wert: | wenigstens 6,5; höchstens 10,0 |
| f) absetzbare Stoffe | |

nur soweit eine Schlammabscheidung aus Gründen der ordnungsgemäßen Funktionsweise der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist

2. Verseifbare Öle, Fette und Fettsäuren 250 mg/l

3. Kohlenwasserstoffe

- | | |
|--|----------|
| a) direkt abscheidbar DIN 1999 Teil 1-6
(Abscheider für Leichtflüssigkeiten) beachten.
Entspricht bei richtiger Dimensionierung annähernd 50 mg/l | |
| b) soweit eine über die Abscheidung von Leichtflüssigkeiten hinausgehende Entfernung von Kohlenwasserstoffen erforderlich ist: | |
| Gesamt | 20 mg/l |
| c) adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX) | 1,0 mg/l |
| d) leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW)
als Summe aus Trichloräthan, Tetrachlorethan1, 1.1-Trichlormethan
gerechnet als Chlor (Cl) | 0,5 mg/l |

4. Organische halogenfreie Lösemittel

mit Wasser mischbar, biologisch abbaubar
Entsprechend spezieller Festlegung, jedoch Richtwert
auf keinen Fall größer als er der Löslichkeit entspricht oder als 5 g/l

5. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)

- | | |
|----------------------------------|-----------|
| a) Antimon (Sb) | 0,5 mg/l |
| b) Arsen (AS) | 0,5 mg/l |
| c) Barium (Ba) | 5,0 mg/l |
| d) Blei (Pb) | 1,0 mg/l |
| e) Cadmium (Cd) | 0,1 mg/l |
| f) Chrom hochwertig (Cr) | 0,2 mg/l |
| g) Chrom, gesamt (Cr) | 1,0 mg/l |
| h) Kobalt (Co) | 2,0 mg/l |
| i) Kupfer (Cu) | 1,0 mg/l |
| j) Nickel (Ni) | 1,0 mg/l |
| k) Quecksilber (Hg) | 0,05 mg/l |
| l) Selen (Se) | 1,0 mg/l |
| m) Silber (Ag) | 0,5 mg/l |
| n) Zink (Zn) | 5,0 mg/l |
| o) Zinn (Sn) | 5,0 mg/l |
| p) Aluminium (Al) und Eisen (Fe) | |

keine Begrenzung, soweit keine Schwierigkeiten bei der Abwasserableitung auftreten

6. Anorganische Stoffe (gelöst)

- | | |
|-------------------------------|----------|
| a) Cyanid, leicht freisetzbar | 1,0 mg/l |
| b) Cyanid, gesamt (CN) | 20 mg/l |
| c) Fluorid (F) | 50 mg/l |
| g) Sulfat (SO ₄) | 600 mg/l |
| h) Sulfid (S) | 2,0 mg/l |

7. Organische Stoffe

- a) wasserdampfvlüchtige, halogenfreie Phenole
(als C₆H₅OH) 100 mg/l
- b) Farbstoffe
nur in einer so niedrigen Konzentration, dass der Vorfluter nach
Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage
visuell nicht mehr gefärbt erscheint.
8. *Spontan sauerstoffverbrauchende Stoffe*
zum Beispiel Natriumsulfit, Eisen (II) – Sulfat, Thiosulfat) 100 mg/l
9. Für vorstehend nicht aufgeführte Stoffe werden die Einleitwerte im Bedarfsfalle
festgesetzt, wenn dies von der Menge oder der Beschaffenheit des einzuleitenden
Abwassers her erforderlich ist
- (8) Die vorstehend genannten Grenzwerte beziehen sich auf das Abwasser unmittelbar
im Ablauf der Abwasseranfallstelle. Sofern dort eine Messung aus technischen
Gründen nicht erfolgen kann, muss die Probenahmemöglichkeit vom
Grundstückseigentümer so geschaffen werden, dass eine Abwasserprobe vor einem
Vermischen dieses Abwassers mit Abwässern aus anderen Bereichen ohne einen
das übliche Maß übersteigenden Aufwand vom Verband durchgeführt werden kann.
- (9) Bei der Einleitung von Schmutzwasser von gewerblich oder industriell genutzten
Grundstücken oder von anderem nicht häuslichen Schmutzwasser in öffentliche
Abwasseranlagen ist eine qualifizierte Stichprobe vorzusehen. Sie umfasst
mindestens fünf Stichproben, die, in einem Zeitraum von höchstens zwei Stunden im
Abstand von nicht weniger als zwei Minuten entnommen, gemischt werden.
Bei den Parametern Temperatur und pH-Wert gilt davon abweichend die einfache
Stichprobe. Dabei sind die in dieser Satzung oder in der Einleitungsgenehmigung
genannten Grenzwerte einzuhalten. Der Grenzwert gilt auch dann als eingehalten,
wenn die Ergebnisse der jeweils letzten fünf im Rahmen der Überwachung durch den
AZV durchgeführten Überprüfungen in vier Fällen diesen Wert nicht überschreiten
und kein Ergebnis den Wert um mehr als 100 % übersteigt. Überprüfungen, die
länger als zwei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt. Die zur Ermittlung der
physikalischen und chemischen Beschaffenheit der Abwässer notwendigen
Untersuchungen sind nach den Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser-
und Schlammuntersuchung in der jeweils gültigen Fassung und den in dieser
Satzung genannten entsprechenden DIN-Normen des Fachnormausschusses
Wasserwesen im Deutschen Institut für Normung e. V. Berlin auszuführen.
- (10) Höhere Einleitungswerte können im begründeten Einzelfall, nur unter Vorbehalt des
jederzeitigen Widerrufs, zugelassen werden, wenn nach den Besonderheiten des
Falles die schädlichen Stoffe und Eigenschaften der Abwässer innerhalb dieser
Grenzen für die öffentlichen Abwasseranlagen, die bei ihnen beschäftigten Personen
und die Abwasserbehandlung vertretbar sind. Dadurch entstehender Mehraufwand ist
durch den Verursacher zu erstatten. Niedrigere als die aufgeführten Einleitungswerte
und Frachtenbegrenzungen können im Einzelfall festgesetzt und die Einhaltung der
geringeren Einleitungswerte kann angeordnet werden, soweit dies nach den
Umständen des Falles geboten erscheint, um eine Gefährdung der öffentlichen
Abwasseranlagen oder der bei den Anlagen beschäftigten Personen, die
Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Anlagen oder eine Erschwerung der
Abwasserbehandlung sowie der Klärschlammverwertung zu verhüten. Das Einleiten
oder Einbringen von Stoffen, die die geringeren Einleitungswerte überschreiten, fällt
im Geltungsbereich der Anordnung unter das Einleitungsverbot nach Abs. 7.
- (11) Zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlagen für Niederschlagswasserableitung und
der Gewässer ist die Einleitung des beim Waschen und Pflegen von Kraftfahrzeugen
anfallenden Abwassers nur über DIN-gerechte Vorreinigungsanlagen gestattet.
- (12) Der Verband kann eine Rückhaltung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück
fordern, wenn die zulässigen Abflussmengen überschritten werden.
Sonstiges Wasser (Grund- und Dränagewasser) darf nur mit Genehmigung des
Verbandes und in die vorgeschriebene öffentliche Abwasseranlage eingeleitet
werden. Auf Verlangen des Verbandes ist ein Kontrollschacht einzubauen.

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes Merseburg - Gebührensatzung -

Auf der Grundlage von §§ 8 und 99 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), §§ 9 und 16 Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81) und § 5 Kommunalabgabengesetz Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405) in den derzeit geltenden Fassungen hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Merseburg in der Sitzung am 12.12.2017 die nachfolgende Satzung beschlossen.

I. Abschnitt

§ 1 Allgemein

Der Abwasserzweckverband Merseburg betreibt zur Erfüllung der Aufgaben der Abwasserbeseitigung rechtlich selbständige öffentliche Abwasseranlagen als jeweils eine einheitliche öffentliche Einrichtung zur:

1. zentralen Schmutzwasserbeseitigung,
2. dezentralen Entsorgung von Fäkalschlämmen aus mechanisch wirkenden Vorkläreinrichtungen, Grundstückskleinkläranlagen oder Fäkalabwasser aus abflusslosen Sammelgruben und
3. zentralen Niederschlagswasserbeseitigung

nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) in der jeweils geltenden Fassung.

II. Abschnitt Abwassergebühren

§ 2 Grundsätze

(1) Der Abwasserzweckverband erhebt Abwassergebühren für:

- die zentrale Schmutzwasserbeseitigung,
- die dezentrale Entsorgung und
- die Niederschlagswasserbeseitigung.

(2) Für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasseranlagen werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen sind, werden können oder in diese entwässern. Für die Inanspruchnahme der dezentralen Entsorgung werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die tatsächlich angeschlossen sind.

(3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Ist ein vermessenes und im Grundbuch eingetragenes bürgerlich-rechtliches Grundstück nicht vorhanden, gilt als Grundstück die vom Gebührenpflichtigen zusammenhängend genutzte Fläche.

(4) Zuviel erhobene Abwassergebühren werden verrechnet oder erstattet.

§ 3 Gebührenmaßstäbe zur zentralen Schmutzwasserentsorgung

(1) Die Abwassergebühr für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung wird als Grund- und Mengengebühr erhoben.

(2) Die Grundgebühr ist für den Ausgleich der Vorhalteleistungen des Abwasserzweckverbandes bestimmt. Sie bemisst sich nach der Größe des Wasserzählers. Ist kein Wasserzähler vorhanden, wird die kleinste Wasserzählergröße zum Ansatz gebracht.

(3) Die Mengengebühr wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Berechnungseinheit für die Mengengebühr ist 1 m³ Abwasser.

(4) Als in die zentrale öffentliche Abwasseranlage gelangt gelten:

1. die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Trinkwassermenge,
2. die auf dem Grundstück gewonnene oder / und dem Grundstück sonst zugeführte Brauchwassermenge,
3. die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.

(5) Brauchwasser für sanitäre oder ähnliche abwasserrelevante Prozesse aus Hausbrunnen oder Regenwasserrückhalteanlagen ist über Nebenwasserzähler festzustellen.

(6) Nebenwasserzähler sind beim Abwasserzweckverband unter Beifügung einer Rechnungskopie, der Wasserzählernummer, des Einbaudatums und der Eichfrist zu beantragen. Nebenwasserzähler sind sach- und fachgerecht einzubauen und vom Abwasserzweckverband abnehmen zu lassen. Die Kosten des Einbaus und der Abnahme von Nebenwasserzählern trägt der Gebührenschuldner. Dem Abwasserzweckverband ist die Kontrolle von Nebenwasserzählern zugelassen.

(7) Hat ein Trinkwasser- oder Nebenwasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, konnte eine Ablesung nicht vorgenommen werden oder verweigert der Grundstückseigentümer die Ablesung des Wasser- / Nebenwasserzählers wird die Trinkwasser-, Brauchwasser- bzw. Abwassermenge vom Abwasserzweckverband unter Zugrundelegung des tatsächlichen Verbrauches bzw. der Einleitmengen geschätzt. Die Schätzung ist auch auf der

Grundlage von Daten möglich, die vor oder nach Ablauf des Kalenderjahres vorliegen. Bei defekten Abwassermesseinrichtungen kann der Verbrauch zudem nach der Fördermenge einer im Betrieb befindlichen Pumpstation ermittelt werden. Dazu sind Betriebsstundenzähler in Einsatz zu bringen, die den Förderstrom und die Pumplaufzeiten messen.

(8) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasseranlage gelangen, werden auf Antrag abgesetzt bei:

1. der Nutzung von Trinkwasser zur Gartenbewässerung. Die Abnahmemenge ist hier über Nebenwasserzähler zu messen.
2. Trinkwasser, das bei Rohrbrüchen o.ä. nicht in die Kanalisation gelangt. Der Grundstückseigentümer hat hier entsprechende Nachweise beizubringen.

Trinkwasser zur Befüllung von Pools ist nicht absetzfähig.

(9) Bei folgenden Gewerbebetrieben werden auf Antrag Trinkwassermengen pauschal abgesetzt:

- | | |
|---------------------------------------|------|
| 1. Bäckereien | 10 % |
| 2. Fleischereien ohne Essenproduktion | 10 % |
| 3. Fleischereien mit Essenproduktion | 15 % |
| 4. Autowaschanlagen | 10 % |
| 5. Wäschereien | 10 % |

Der Antrag ist jährlich rechtzeitig vor Beginn des neuen Kalenderjahres beim Abwasserzweckverband zu stellen.

§ 4 Gebührenmaßstäbe zur dezentralen Entsorgung

(1) Die Gebühr für die dezentrale Entsorgung wird als Grund- und Mengengebühr erhoben.

(2) Die Grundgebühr ist für den Ausgleich der Vorhalteleistungen des Abwasserzweckverbandes bestimmt. Sie bemisst sich nach der Anzahl und Größe der pro Grundstück vorhandenen Abwasserbeseitigungsanlagen.

(3) Die Mengengebühr wird nach der abgefahrenen Menge von Fäkalschlamm und Fäkalabwasser berechnet. Die abgefahrte Menge wird am Entsorgungsfahrzeug gemessen und ist vom Gebührenpflichtigen oder einem von ihm benannten Vertreter durch Unterschrift auf dem Entsorgungsnachweis zu bestätigen.

§ 5 Gebührenmaßstäbe zur Niederschlagswasserbeseitigung

(1) Die Abwassergebühr für die Niederschlagswasserbeseitigung wird nach der überbauten und befestigten Grundstücksfläche (Gebührenbemessungsfläche) berechnet, von der das Niederschlagswasser direkt oder indirekt in die öffentliche Abwasseranlage gelangt. Berechnungsgrundlage für die Gebühr ist 1 m².

(2) Zur Ermittlung der tatsächlichen Gebührenbemessungsfläche werden die in der **Anlage** festgelegten Abflussbeiwerte zugrunde gelegt. Die Gebührenbemessungsfläche wird auf volle m² gerundet.

(3) Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband die Berechnungsgrundlagen mitzuteilen. Maßgebend sind die zu Beginn der Einleitung bestehenden Verhältnisse. Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitteilungspflicht nicht nach, kann der Abwasserzweckverband die Berechnungsdaten schätzen.

§ 6 Gebührensätze

(1) zentrale Schmutzwasserbeseitigung

Die Grundgebühr beträgt je Wasserzähler bzw. Wasserzählergröße:

Wasserzählergröße		Schmutzwasserbeseitigung mit direkter Einleitung EUR pro Monat
Neu	alt (Qn)	
Q ¾	bis 2,5	10,00
Q 3/10	6	24,00
Q 3/16	10	40,00
Q 3/25	15	60,00
Q 3/40	40	160,00
Q 3/63	60	240,00
Q 3/100	150	600,00

Die Mengengebühr für die Schmutzwasserbeseitigung beträgt

3,48 EUR pro m³

2) dezentrale Entsorgung

Die Grundgebühr beträgt je Anlagengröße und Monat:

Anlagengröße je m ³	EUR pro Monat
bis 6	5,00
bis 10	8,33
über 10	10,00

Die Mengengebühr beträgt für:

1. Fäkalabwässer aus abflusslosen Sammelgruben: 12,15 EUR pro m³
2. Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen: 35,52 EUR pro m³

(2) Niederschlagswasserbeseitigung

Die Gebühr beträgt: 1,29 EUR pro m²

§ 7 Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig ist der Grundstückseigentümer. Ist ein Erbbaurecht oder ein sonstiges dingliches Recht am Grundstück bestellt, tritt der Erbbauberechtigte oder der dinglich Nutzungsberechtigte an die Stelle des Grundstückseigentümers. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

(2) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendervierteljahres auf den neuen Gebührenpflichtigen über. Versäumt der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel, haftet er für die Abwassergebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim Abwasserzweckverband anfallen, neben dem neuen Gebührenpflichtigen.

(3) Soweit der Grundstückseigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte nicht ermittelt werden können bzw. sie ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachkommen, kann der Abwasserzweckverband hilfsweise auf die Mieter und Pächter des Grundstückes für den ihnen zurechenbaren Anteil der Abwassergebühr zurückgreifen, die die Abwasserbeseitigungsanlagen des Abwasserzweckverbandes benutzen.

§ 8 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht für die Abwasserbeseitigung entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden kann oder vom Grundstück Abwässer (Schmutz- und / oder Niederschlagswasser) der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage zugeführt werden.

(2) Die Gebührenpflicht für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung erlischt, sobald der Grundstücksanschluss beseitigt ist und die Zuführung von Abwässern (Schmutz- und / oder Niederschlagswasser) zur öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage des Abwasserzweckverbandes endet.

(3) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr bei der dezentralen Entsorgung entsteht, sobald und solange auf dem Grundstück eine betriebsfertige Anlage errichtet ist. Sie entsteht auch dann, wenn der Abwasserzweckverband im jeweiligen Kalenderjahr eine Entleerung nicht vorgenommen hat.

(4) Die Gebührenpflicht für die Mengengebühr bei der dezentralen Entsorgung steht nach der Entleerung.

(5) Die Gebührenpflicht für die dezentrale Entsorgung erlischt, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und die zentrale öffentliche Anlage benutzt wird.

(6) Endet das Benutzungsverhältnis vor Ablauf des Erhebungszeitraumes, entsteht die Gebührenschuld zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung.

§ 9 Erhebungszeitraum

Der Erhebungszeitraum für die Abwassergebühr ist das Kalenderjahr, an dessen Ende die Gebührenschuld entsteht. Wird die Abwassergebühr für Abwassermengen erhoben, die durch Wasserzähler ermittelt werden, ist der Erhebungszeitraum ebenfalls das Kalenderjahr.

§ 10 Veranlagung

(1) Die Abwassergebühr wird durch Bescheid festgesetzt. Sie kann zusammen mit anderen Abgaben erhoben werden.

(2) Wird die Abwassergebühr nach der durch Wasserzähler ermittelten Trinkwassermenge ermittelt, sind für die Veranlagung die tatsächlich verbrauchten Wassermengen im Erhebungszeitraum zugrunde zu legen. Liegen für den Erhebungszeitraum gemessene Wassermengen nicht vollständig vor, kann der Abwasserzweckverband die zu verbrauchenden Wassermengen für den verbleibenden Zeitraum schätzen.

(3) Für die Ermittlung der Trinkwasserverbrauchsdaten werden beauftragt:

1. MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH für die Städte Merseburg, Braunsbedra Ortsteil Frankleben, Gothestadt Bad Lauchstädt mit den Ortsteilen Bad Lauchstädt, Großgräfendorf, Milzau und Schafstädt sowie die Gemeinde Schkopau mit den Ortsteilen Schkopau, Knapendorf und Ermlitz

2. EWAG Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH für die Stadt Mücheln Ortsteile Langeneichstädt und Wünsch sowie die Goethestadt Bad Lauchstadt Ortsteil Klobikau
3. ZWAG Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal für die Stadt Mücheln Ortsteile Oechlitz und Schmirra
4. HWS Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH für die Gemeinde Schkopau Ortsteil Korbetha

(4) Guthaben aus der Abrechnung des Erhebungszeitraumes werden mit der ersten und maximal der zweiten Vorausleistung für das laufende Kalenderjahr verrechnet. Darüber hinaus bestehende Guthaben werden zurückerstattet.

(5) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festgesetzte Abwassergebühr sind monatliche Abschlagszahlungen als Vorausleistung auf die künftige Abgabenschuld im laufenden Kalenderjahr zu leisten. Die Höhe der Abschlagszahlungen wird durch Bescheid nach den Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt. Abschläge unter 12 EUR werden nicht erhoben.

(6) Entsteht die Gebührenpflicht erstmalig im Laufe eines Kalenderjahres, wird bei der zentralen Schmutzwasserbeseitigung der Abschlagszahlung diejenige Abwassermenge zugrunde gelegt, die dem tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats nach der Entstehung der Gebührenpflicht entspricht. Der Gebührenpflichtige hat den tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats dem Abwasserzweckverband auf dessen Aufforderung unverzüglich mitzuteilen. Kommt der Gebührenpflichtige dieser Aufforderung nicht nach, kann der Abwasserzweckverband den Wasserverbrauch schätzen.

§ 11 Fälligkeit

Die Abwassergebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig. Endet die Monatsfrist an einem Samstag, Sonntag oder allgemeinen Feiertag, tritt die Fälligkeit mit Ablauf des nächsten Werktages ein.

III. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 12 Auskunfts- und Duldungspflicht

(1) Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband oder einem von ihm Beauftragten jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühr erforderlich ist. Der Abwasserzweckverband ist berechtigt, Prozesse der Abwasserbeseitigung auf dem Grundstück vor Ort zu kontrollieren und Daten zu erheben.

(2) Der Abwasserzweckverband ist berechtigt, Verbrauchsdaten des Gebührenpflichtigen, wie Abwassermengen, von Dritten zu erhalten und über Datenträger übertragen zu bekommen.

§ 13 Anzeigepflicht

a. Jede Veränderung der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Abwasserzweckverband vom Veräußerer, Erwerber oder Dritten innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

b. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abwassergebühr beeinflussen, hat der Gebührenpflichtige dieses dem Abwasserzweckverband unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Diese Verpflichtung besteht für den Gebührenpflichtigen, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

c. Ist zu erwarten, dass sich im Laufe des Kalenderjahres die Abwassermenge um mehr als die 50 % der Abwassermenge des Vorjahres erhöhen oder verringern wird, hat der Gebührenpflichtige hiervon den Abwasserzweckverband unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

d. Die Abnahmemenge am Nebenwasserzähler hat der Gebührenpflichtige dem Verband zum 30.11. des laufenden Jahres schriftlich nachzuweisen. Der Anspruch auf Absetzung erlischt für das Kalenderjahr, wenn die abzusetzenden Mengen nicht rechtzeitig gemeldet werden oder die Eichfrist abgelaufen ist. Bei Meldungen in der nächsten Abrechnungsperiode erfolgt die Absetzung nur anteilig für das letzte Kalenderjahr.

§ 14 Datenverarbeitung

(1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Gebührenpflichtigen sowie zur Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühren ist die Verarbeitung von personen- und grundstücksbezogenen Daten nach Maßgabe des Datenschutzgesetzes Land Sachsen-Anhalt zulässig.

(2) Der Abwasserzweckverband darf personen- und grundstücksbezogene Daten zum Zwecke der Grundsteuerfestsetzung, des Liegenschaftsbuches, des Melderechts, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung nutzen und sich von anderen Behörden übermitteln lassen.

§ 15 Billigkeitsregelung

(1) Ansprüche aus dem Gebührenschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Gebührenschuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist die Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können die Ansprüche ganz oder zum Teil erlassen werden.

(2) Anträge auf Stundung sind vor Eintritt der Fälligkeit beim Abwasserzweckverband zu stellen. Der Gebührenpflichtige hat dem Abwasserzweckverband die unbillige Härte nachzuweisen.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 16 Abs. 2 S. 2 KAG LSA handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. dem Abwasserzweckverband die Wassermengen für den abgelaufenen Erhebungszeitraum nicht innerhalb der folgenden zwei Monate anzeigt,
 2. einen Wasserzähler oder Nebenwasserzähler nicht sach- und fachgerecht einbaut, nicht sach- und fachgerecht einbauen lässt oder Plomben beschädigt,
 3. dem Abwasserzweckverband den Umfang der bebauten und befestigten Grundstücksfläche innerhalb eines Monats nicht mitteilt,
 4. dem Abwasserzweckverband die Berechnungsgrundlagen für die Gebührenmaßstäbe der Niederschlagswasserbeseitigung nicht mitteilt,
 5. dem Abwasserzweckverband den tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats nach der erstmaligen Benutzung nicht mitteilt,
 6. dem Abwasserzweckverband oder einem von ihm Beauftragten keine Auskunft erteilt, die zur Festsetzung und Erhebung der Abwassergebühren erforderlich ist,
 7. seiner Anzeigepflicht nach § 13 dieser Satzung nicht nachkommt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 16 KAG LSA mit einer Geldbuße bis zu 10.000 EUR geahndet werden.

§ 17 Ermächtigung

Der Verbandsgeschäftsführer wird ermächtigt, diese Satzung in der geltenden Fassung bekannt zu machen. Offensichtliche Schreibfehler können dabei korrigiert werden.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Abwassergebührensatzung wird im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes bekannt gemacht und tritt zum 01.01.2018 in Kraft. Gleichzeitig endet der zeitliche Anwendungsbereich der Vorschriften der Abwassergebührensatzung vom 14.07.2016.

Schkopau, den 13.12.2017

gez. Sonnenkalb
Verbandsgeschäftsführerin

-Siegel-

Anlage

Anlage

Ermittlung der Gebührenbemessungsfläche für Niederschlagswasser

Bei der Ermittlung der Gebührenbemessungsfläche für die angeschlossenen, bebauten und/oder befestigten Flächen werden die im folgenden genannten Flächengruppen mit den verschiedenen Abflussfaktoren (in Anlehnung an DIN 1986) berücksichtigt:

Flächengruppen	Faktor
- Dachflächen	1,0
- begrünte Dachflächen	0,4
- Betonflächen, Asphalt	1,0
- Verbundpflaster, Plattenbeläge mit durchlässigen Fugen	0,6
- Rasengittersteine	0,1
- Sonstige gering versiegelte Flächen (wie Kunststoffwaben, Splitt- oder Schotterflächen, durchlässige Pflaster-Beläge, Schotterrasen o.ä.)	0,1

Die Gebührenbemessungsfläche wird bei Vorhandensein von baulichen (ortsfesten) Anlagen (Niederschlagswasserspeicher mit und ohne Drosselabfluss, Versickerungsanlagen) mit einem Mindestfassungsvolumen von 10 m³ und einer ganzjährigen Nutzung, durch die die öffentliche

Abwasseranlage entlastet wird, um folgende Flächen bis maximal zur Gebührenbemessungsfläche gemindert:

Gruppe der baulichen Anlagen

- Niederschlagswasserspeicher mit und ohne Drosselabfluss (Bemessung mit Drosselabfluss nach ATV A 117)
- Versickerungsanlagen (Bemessung nach ATV A-138)

Abzugsfläche

15 m²/m³ Speichervolumen

45 m²/m³ Speichervolumen

Die Satzung wurde am 13.12.2017 ausgefertigt, gesiegelt und archiviert.
